

WER TRÄGT VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE?



Unternehmen im Spannungsverhältnis zwischen Gewinn und Gemeinwohl



Ein dringend benötigter Diskurs!

Libérale Demokratien bieten ihren Bürger*innen heute ein Wohlstandsniveau wie kein anderes politisches System. Als Staatsform genießt die Demokratie allgemein sehr hohe Zustimmung in der Gesellschaft – ihre tägliche Praxis wird jedoch zunehmend skeptisch bewertet.

Die Lebenswelten der Menschen verändern sich durch Globalisierung und Digitalisierung. Es bieten sich einerseits neue Chancen und Möglichkeiten, andererseits entsteht Verunsicherung. Die Bedeutung der Wirtschaft als wichtiger Arbeitgeber und Garant für gesellschaftlichen Wohlstand ist zwar unbestritten. Dennoch markieren die weltweite Finanzkrise, die Panama Papers und der Dieselskandal Beispiele für einen Wendepunkt im Verhältnis von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Es ist Vertrauen verloren gegangen und viele Bürger*innen haben Fragen, inwieweit die Wirtschaft neben der Maximierung ihrer Gewinne soziale und ökologische Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie übernehmen muss und kann. Soziale Konfliktlinien treten offen hervor und Rufe nach wirtschaftspolitischem Protektionismus und dem Verschließen der Staatsgrenzen werden lauter. All dies bietet den Nährboden für das Erstarken populistischer Parteien.

Es ist höchste Zeit darüber zu diskutieren, wie Wirtschaft, Politik, organisierte Zivilgesellschaft und Wissenschaft so interagieren können, dass Demokratie und Wirtschaft nachhaltig zusammen funktionieren. Daher haben wir, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gemeinsam die Dialog-Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie“ gestartet und dies an drei Tagen im Herbst 2018 und Frühjahr 2019 perspektivenreich, offen und kontrovers debattiert.



PROF. DR. GESINE SCHWAN
PRÄSIDENTIN / HUMBOLDT-VIADRINA
GOVERNANCE PLATFORM gGmbH



DR. MORITZ KILGER
VORSTAND / STIFTUNG „ERINNERUNG,
VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT“

Über das Projekt

Die Trialog-Reihe „**Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie?**“ ist eine gemeinsame Initiative der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und der HUMBOLDT-VIADRINA Governance

Platform. In drei eintägigen Veranstaltungen haben wir insbesondere die Rolle der Wirtschaft offen, kontrovers und für alle bereichernd diskutiert.

TRIALOG

1

Demokratie und Marktwirtschaft: Nur gemeinsam stark?

17.09.2018

TRIALOG

2



Unternehmen im Spannungsverhältnis zwischen Gewinn und Gemeinwohl

Die zweite Veranstaltung der Reihe fand am 4. Dezember 2018 im Allianz Forum in Berlin statt. Gemeinsam mit den Inputgeber*innen und Teilnehmer*innen haben wir diskutiert, welche Erwartungen Gesellschaft und Politik an die Wirtschaft richten können: an deren Standortpolitik, an ihre Bereitschaft Steuern zu entrichten oder Umweltschutzaufgaben zu erfüllen. Zentrale Bedeutung hatte die Frage, welche Erwartungshaltungen legitim und gerechtfertigt sind und welche darüberhinausgehenden Verpflichtungen Unternehmen gegenüber Gesellschaft und Staat haben.

04.12.2018

TRIALOG

3

„Working Poor, Mindestlohn und Grundsicherung“ – Wie muss gute Wirtschafts- und Sozialpolitik gestaltet sein?

15.03.2019

Warum Trialoge?

Wir erleben im Moment eine Krise der Demokratie. Politische Entscheidungen werden zunehmend als parteiisch, einseitig oder auch als realitätsfern wahrgenommen. Aus diesem Grund brauchen wir neue Ansätze, um die Legitimation politischer Entscheidungen zu stärken. Daher kommt der perspektivenreichen Auseinandersetzung eine hohe, wenn nicht sogar elementare gesellschaftliche Bedeutung zu. Wir benötigen einen Dialogansatz, der unterschiedliche Sichtweisen sowie Prämissen explizit macht und zugleich einbezieht und einen vertraulichen Raum zur offenen Deliberation – also für einen Austausch von Argumenten und Begründungen – schafft.

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform bietet in Form der Trialoge einen solchen Ansatz. Die Trialoge sind exklusive Multi-Akteurs-Diskussionen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf Augenhöhe. Sie sind ein erprobtes Format des deliberativen Austausches, das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse herstellt und zu partizipativer, gemeinwohlorientierter Politik beiträgt. Wir zeigen Alternativen und ihre Auswirkungen auf – bevor es zu einer politischen Entscheidung kommt.

Warum tragfähige Lösungen die Beteiligung aller relevanten Akteursgruppen brauchen

Demokratische Politik ist durch Wahlen zu gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen legitimiert. Mit ihren Entscheidungen stößt die Politik aber auf große Schwierigkeiten, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und Machtpotenziale zu integrieren. Deshalb genießen ihre Leistungen immer weniger öffentliches Vertrauen.

Der Unternehmenssektor ist nicht demokratisch legitimiert, hat aber eine zentrale grenzüberschreitende Machtstellung gewonnen. Letzteres bringt ihn immer mehr in die Verantwortung dafür, dass die Voraussetzungen für sein ökonomisch erfolgreiches Handeln (Regulierungen, Bildung, öffentliche Infrastruktur und Rechtssystem) auch demokratisch erfolgreich gestaltet werden können.

Die organisierte Zivilgesellschaft genießt – wenn sie gemeinnützig und transparent handelt – hohes gesellschaftliches Vertrauen. Sie hat sich zu einem wesentlichen Motor für gemeinwohlertragreiche Innovationen entwickelt. Zudem ist die organisierte Zivilgesellschaft nicht von Wahlen oder Legislaturperioden abhängig.

Die Wissenschaft kann ihre Themen, Fragen und Prämissen in die Debatten einbringen, überprüfen und sich gegebenenfalls gesellschaftliche Partner für die weitere – transdisziplinäre – Arbeit suchen. Vor dem Hintergrund des rasanten sozialen und technologischen Wandels kann und muss sie die Anschlussfähigkeit ihrer Forschung durch den Dialog mit den anderen Stakeholdergruppen schärfen.



Wir organisieren Perspektivenvielfalt

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform und die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bringen in der Trialog-Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie?“ ein breites Spektrum an Perspektiven zusammen. Somit schaffen wir einen schnellen und umfassenden Überblick über die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen und deren Begründungen. Und wir kreieren einen vertraulichen Rahmen, der garantiert, dass jede Stimme und jedes Anliegen Gehör findet – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Je mehr Positionen Eingang in die Diskussion finden, desto breiter ist die Erkenntnisgrundlage für nachhaltige Entscheidungen. Wir fördern so eine gemeinwohlorientierte Verständigung von Akteuren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Wir begründen Argumente

In unserer Trialog-Reihe setzen wir auf die Aufdeckung der Argumente, die hinter den vorgetragenen Positionen stehen. Wir durchbrechen so die Gegenüberstellung von oft wiederholten holzschnittartigen Positionen. Alle Teilnehmer*innen müssen ihre Position begründen und in Bezug zu bereits genannten Argumenten stellen. Auf diese Weise können die unterschiedlichen Standpunkte – unterstützt durch eine öffnende und zusammenführende Moderation – miteinander verknüpft werden. Der Diskurs kann so neue Richtungen einnehmen, in denen breit akzeptierbare Lösungen für politische und gesellschaftliche Herausforderungen entstehen.



Wir zeigen Grundkonsense auf

In den Trialogen analysieren wir die unterschiedlichen Argumente und identifizieren die Gemeinsamkeiten. Wir arbeiten die Schnittstellen heraus und stellen fest, welche Meinungen und Begründungen tatsächlich aufeinander Bezug nehmen. Und wir können erkennen, wie stark die einzelnen Stakeholdergruppen die Themen und Argumente gewichten. So können wir Grundkonsenskorridore zwischen den oft als sehr heterogen wahrgenommenen Positionen und Präferenzen identifizieren.



Unternehmen im Spannungsverhältnis zwischen Gewinn und Gemeinwohl

Leitfragen des Tages

→ Welche moralischen Verpflichtungen haben Unternehmen gegenüber Gesellschaft und Staat?

→ Was hat sich durch die verstärkte Globalisierung und „Financialization“ vieler Märkte grundsätzlich verändert?

→ Welche Rolle spielen ökonomische Veränderungen und die staatliche Wirtschaftspolitik für das Erstarken populistischer Bewegungen?

→ Welche Erwartungen der Gesellschaft an die Wirtschaft sind legitim, z.B.

- an deren Standortpolitik,
- an ihren Willen Städte und Kommunen langfristig mitzugestalten,
- an ihre Bereitschaft im Inland Steuern zu entrichten,
- oder Umweltschutzauflagen zu erfüllen?

INPUTGEBER VERANSTALTUNGSTEIL I

Steuermoral und nachhaltiges Unternehmenshandeln



Berthold Welling

Geschäftsführer / Verband der Chemischen Industrie Deutschland, Abteilung Recht und Steuern, Nachhaltigkeit



Markus Meinzer

Director / Financial Secrecy, Tax Justice Network Europe

INPUTGEBER*IN VERANSTALTUNGSTEIL II

Globalisierung, „Financialisierung“ und erstarkender Populismus



Wolfgang Merkel

Direktor / Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“
Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB)



Cansel Kiziltepe

MdB / SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Demokratie ist verwundbarer geworden

Globalisierung und Digitalisierung verändern wirtschaftliche Märkte, die Lebenswelten der Menschen und die Demokratie. Die Reichweite nationalstaatlicher Politik deckt sich geographisch und bereichsmäßig nicht mehr mit den an sie gestellten Herausforderungen. Weder in der Finanz-, Sicherheits- noch in der Klimapolitik können heute auf nationaler Ebene erfolgreiche und nachhaltige Lösungen entwickelt werden. Und die Bürger*innen merken das. Zunehmend sind sie mit den angebotenen politischen Lösungen nicht mehr zufrieden und werfen der Politik Versagen vor.

Die Demokratie in Deutschland ist heute gemäß vieler Indikatoren trotzdem besser aufgestellt denn je – aber sie ist auch um ein Vielfaches verwundbarer geworden. Parlamente haben an Gestaltungskraft verloren, die sozioökonomische Ungleichheit ist gestiegen und die Gesellschaft ist kulturell, ethnisch und religiös vielfältiger und heterogener geworden.

Der Diskurs polarisiert sich

Wir erleben eine Polarisierung des politischen Diskurses. Neben der klassischen Einteilung in ein linkes und ein rechtes politisches Lager, hat sich im politischen Wettbewerbsraum eine neue Konfliktlinie herauskristallisiert: die kulturelle Dimension. In diesem gesellschaftlichen Konflikt stehen sich eine „alte“ und eine „neue“ Mittelschicht gegenüber. Letztere steht für das Überwinden von nationalstaatlichen Barrieren und die Öffnung von Grenzen für Güter, für Kapital, für Dienstleistungen und auch für Lebensstile und für Migration. Dieser offenen und liberalen Wertehaltung steht das gestiegene Sicherheits- und Abgrenzungsbedürfnis einer „alten Mittelschicht“ gegenüber. Sie sind skeptisch und reagieren auf Wandel mit dem Bedürfnis nach Beständigkeit und Gemeinschaft. Viele Bürger*innen empfinden eine kulturelle und ökonomische „Entwertung“ und diagnostizieren eine Legitimitäts-, Identitäts- und Sinnkrise der Demokratie. Manche reagieren darauf mit dem Wunsch nach deutlich mehr staatlicher Autorität. So erfährt diese soziale Spaltung mit dem Erstarken des Rechtspopulismus eine hohe Brisanz. Denn die rechtspopulistischen Parteien sehen sich als selbsternannte Repräsentanten der Verunsicherten, der „Globalisierungsverängstigten“ und

der Verlierer*innen. Studien zeigen: Neoliberale Politik fördert den (Rechts-)Populismus. Dort, wo die niedrigen und mittleren Einkommenschichten von einem Abbau des Sozialstaates betroffen sind, spiegelt sich das in den Wahlergebnissen der Rechtspopulist*innen und Europagegner*innen deutlich wider.

Das Vertrauen in die Wirtschaft ist gesunken

Das Vertrauen sinkt und die Vorbehalte stiegen – speziell das Vertrauen in wirtschaftliche und politische Eliten ist gesunken. Die Regierungen von Nationalstaaten haben in den letzten Jahrzehnten wirtschafts- und finanzpolitische Spielregeln verändert und ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt und Macht an nicht-staatliche Akteure abgegeben. Immer stärker wurden ein dominierender Effizienzbegriff und Produktivitäts- und Wachstumsziele in den Vordergrund gestellt, die moralischem und nachhaltigem Handeln entgegenstehen. Das gilt speziell für die Finanzsektor. Durch Privatisierung und Deregulierung hat sich die dieser Wirtschaftsbereich zusehends entkoppelt – von den Realgütermärkten und der Kontrolle der Politik. Globalisierte Finanzmärkte stehen heute als Synonym für Entfesselung von Gier, für Rücksichtslosigkeit, für die Entgrenzung der Möglichkeiten des Kapitals und die Begrenzung der Möglichkeiten von Politik.

Wir brauchen differenzierte Kritik und genaue Analysen

Viele Unternehmen übernehmen soziale Verantwortung – für Gesellschaft, Umwelt und Demokratie. Daher muss Kritik bei aller Berechtigung differenziert erfolgen. Anreizstrukturen, Verpflichtungen und Macht von Unternehmen unterscheiden sich stark. Regional verwurzelte Familienunternehmen haben andere Handlungsoptionen und soziale Bindungen als globale Konzerne. Es gibt unbestreitbare Fehlentwicklungen und viele Ansatzpunkte für Verbesserungen. Um hier Problemlösungen zu finden, müssen wir Ursachen und Kausalitäten analysieren. Öffentliche Debatten über die Strategien zur Steuervermeidung von High-Tech-Plattformen gehen am relevanten Thema vorbei und fordern nicht die richtigen Lösungen, wenn die Ineffizienzen auf Marktmacht und Monopolstellungen beruhen. Und wenn Unternehmen in Deutschland verlässlich Steuern und gute Löhne zahlen und hohe Umweltschutzstandards setzen, bedeutet das nicht, dass sie sich in anderen Märkten und Ländern ebenso verantwortungsbewusst verhalten.

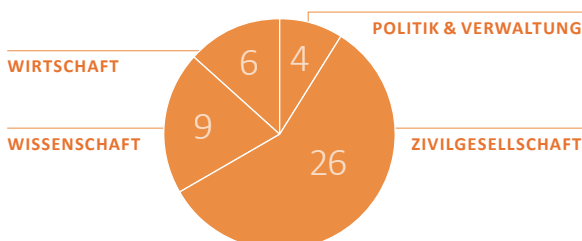
Es passiert viel Gutes!

Alle wirtschaftlichen Akteure müssen in noch stärkerem Maße wie bisher die gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Kosten ihres Handelns in die Gewinnkalküle aufnehmen: die Menschenrechte und -würde in der gesamten Wertschöpfungskette, die sozialen Kosten von Niedriglöhnen, Kündigungen und Fabrikschließungen und die Folgen von Investitionen für Umwelt und Klima.

Und hierfür gibt es bereits vorbildliche Beispiele: So haben sich in der „Economic for the Common Good“-Community über 400 Unternehmen in einem internationalen Netzwerk zusammengeschlossen. Sie stellen Gemeinwohlbilanzen, die ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand messbar machen und so die gesamte Unternehmenskultur positiv verändern.

TEILNEHMER*INNEN

Am Dialog nahmen insgesamt 45 Personen teil. Diese verteilen sich wie folgt auf die Stakeholdergruppen:





Die **HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform** und die **Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“** (EVZ) veranstalteten im Herbst 2018 und Frühjahr 2019 die Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie“. In drei Veranstaltungen am 17. September 2018, am 4. Dezember 2018 und am 15. März 2019 diskutierten Vertreter aus Politik & Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft im Allianz Forum in Berlin.

Veranstalter

Die **HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform** setzt sich seit 2014 für die Förderung von demokratischen Prozessen und durchdachten Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt ein. In ihren Aktivitäten beruht sie auf dem Ansatz, staatliche Akteure, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien in jeweils unterschiedlichen Formaten mit dem Ziel zusammenzubringen, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen, relevante Informationen transparent darzustellen, Konsense zu eruieren und kreative Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

Die Veranstaltung wurde gefördert von der **Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“**. Die Stiftung EVZ wurde im Jahr 2000 gegründet, um Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter während der Zeit des Nationalsozialismus zu entschädigen. Seit 2001 leistet die Stiftung EVZ zudem humanitäre Hilfe für Überlebende, fördert die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und stärkt zivilgesellschaftliches Engagement in Mittel- und Osteuropa.

Kontakt

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Pariser Platz 6, 10117 Berlin
 Dr. Niklas Im Winkel
 nimwinkel@governance-platform.org
 T +49 30 206 20130
 www.governance-platform.org

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ)

Friedrichstraße 200, 10117 Berlin



BILDNACHWEISE

Portraits S. 2 (re.) und S. 6: © Raum11 / Amélie Losier
 Portrait S. 2 (li.) und Veranstaltungsbilder S. 4, 5 und 8:
 © Branislav Jesic
 Grafik auf der Titelseite:
 © HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

BERLIN, JUNI 2019